

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 26 000 Exemplaren.

Inhalt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betr. die Delegiertenwahlen zum 4. Verbandstage. — Der Zollwuchertarif, die neuen Handelsverträge und die deutschen Gewerkschaften. — Der Kampf der Berliner Mieselfeldarbeiter. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Das Koalitionsrecht der Staats- und Gemeindefarbeiter und Angestellten in Frankreich. — Eine Nacht in der alten Akademie. — Städtische Beamte. — Aus unserer Bewegung. — Anzeigen.

Bekanntmachung des Verbands-Vorstandes betr. die Delegiertenwahlen zum 4. Verbandstage.

Wie aus Nr. 1 des diesjährigen Jahrganges der „Gewerkschaft“ ersichtlich, findet unser vierter Verbandstag in der Zeit vom 28. Mai bis 2. Juni d. J. in Mainz statt.

Der Verbandsvorstand hat nun beschlossen, die Delegiertenwahlen zu diesem Verbandstage auszuschieben.

Zum Vollzug der Wahlen sind die nächsten Wochen bis inklusive Sonnabend, den 21. April, festgesetzt.

Gemäß § 10 Absatz 3 unseres Statuts hat der Verbandsvorstand die Wahlkreiseinteilung vollzogen und wird diese hiermit veröffentlicht. Bei der Einteilung der Wahlkreise selbst wurde für jedes Mitglied ein 13wöchentliches Beitragsquartal gelegt. Da nun eine Anzahl Filialen resp. Einzelmitgliedschaften im dritten Quartal 1905 mit recht wenig, im letzten Quartal hingegen mit recht viel gezahlten Wochenbeiträgen abgerechnet haben, es also den Anschein erweckt, als wenn man diese Manipulation nur vorgenommen habe, um die Zahl der für die fraglichen Filialen in Betracht kommenden Delegierten in die Höhe zu schrauben, so hat der Verbandsvorstand bei seiner Aufstellung und Berechnung beide Quartale als Unterlage für die Wahlkreiseinteilung genommen. Auch ist bei der Zusammenlegung der einzelnen Filialen zu einem Wahlkreise weitestmögliche Rücksicht auf ihre geographische Lage genommen worden.

Für die diesmalige Wahlkreiseinteilung kommen bekanntlich die durch die im Oktober 1905 vollzogene Abstimmung ungewandelten Absätze 4 und 5 des § 10 unseres Statuts in Betracht. Ihr Wortlaut ist folgender:

„Jeder Wahlbezirk wählt für je 250 zahlende Mitglieder einen Delegierten; ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 250 teilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 150 oder mehr beträgt, ein weiterer Delegierter zu wählen.“

Die Wahlbezirke sind so zu bilden, daß kein Wahlbezirk mehr als einen Delegierten zu wählen hat. Ausgenommen hiervon sind die Filialen, welche mehr als 250 Mitglieder haben.“

Die Wahlkreiseinteilung mußte daher in nachstehender Weise ausfallen:

Wahlkreiseinteilung:

Wahl- abteilung	Verzeichnis der Filialen resp. Einzel- mitgliedschaften	Zahl der Dele- gierten
1	Groß-Berlin	17
2	Berlin Gruppe Reb.-Insp.	2
3	Hamburg	8
4	Dresden	4
5	Stuttgart	3
6	Mannheim-Heidelberg	3
7	Breslau	2
8	Leipzig	2
9	München-Glfing	2
10	Bremen	1
11	Frankfurt a. M.	1
12	Königsberg	1
13	Magdeburg	1
14	Mainz	1
15	Nürnberg	1
16	Stettin	1
17	Biesbaden	1
18	Hamburg, Erlangen, Schweinfurt, Würzburg	1
19	Hirsch i. Bay., Ludwigshafen	1
20	Colmar i. Elß., Freiburg i. Breisg., Müll- hausen i. Elß.	1
21	Böppingen, Neilsbromm, Karlsruhe	1
22	Offenburg, Pforzheim, Straßburg i. Elß., Worms	1
23	Parmen, Düsseldorf, Elberfeld, Solingen	1
24	Cöln a. Rh., Cassel, Mieselfeld	1
25	Hant Wilhelmshaven, Miel	1
26	Chemnitz, Gera, Görlitz, Reichenbach i. B., Jwidau	1
27	Brandenburg a. S., Erfurt, Gotha, Halle a. S.	1
28	Hannover, Hanau, Halberstadt-Luedlinburg, Landshut i. Bay., Neustadt i. d. S., Offen- bach a. M.	1
29	(Im 1. Quartal 1906 gegründete Filialen und Einzelmitgliedschaften) Einzelmitglieder der verschiedensten Orte	1
	Summa	63

Für die Delegiertenwahlen gelten folgende Vorschriften:

Die Wahlversammlung ist den Mitgliedern mindestens acht Tage vor ihrem Stattfinden, und zwar in der ortsüblichen Weise sowie mit Angabe der Tagesordnung bekannt zu geben.

Die Wahlen finden nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen statt. Jedes Mitglied hat sich bei seinem Eintritt ins Wahllokal durch ein Mitgliedsbuch zu legitimieren. Mitglieder, die länger wie 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt zum Wahllokal.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim, hat also per Stimmzettel zu erfolgen. Die Stimmen, welche bei dem Wahlakt für die einzelnen Kandidaten abgegeben werden, sind genau zu zählen und in das Wahlprotokoll einzutragen. Die bezügliche Formulare liefert der Verbandsvorstand. Bei der Wahl selbst entscheidet die

absolute Mehrheit. Eventuell notwendig werdende Stichwahlen sind nicht gleich in der ersten Wahlerversammlung vorzunehmen, sondern werden nach Bekanntgabe des Resultates der Hauptwahl durch den Hauptvorstand angeordnet. Das Wahlprotokoll ist seitens des Stabsvorstandes zu unterzeichnen und umgehend an den Verbandsvorstand einzusenden. Als spätester Termin zur Einsendung gilt der 25. April 1906.

Wahlen, welche nicht entsprechend diesen Vorschriften vorgenommen werden, sind ungültig.

Die Wahlkreise 18 bis 29 würden gut tun, sich bezüglich der Kandidatenvorschläge zu verständigen.

Der Verbandsvorstand.

Der Zollwuchertarif, die neuen Handelsverträge und die deutschen Gewerkschaften.

Der 1. März dieses Jahres war ein schwarzer Tag für die deutschen Arbeiter, wie überhaupt für die große Klasse der Nicht-bezüglichen. An diesem Tage sind auf Grund des Zollwuchertarifs die neuen Handelsverträge in Kraft getreten und ist damit die Niederkehr zum Hochschutzzollsystem der Aera Bismarck perfekt geworden. Damit beginnt für das deutsche Wirtschaftsleben ein neuer Abschnitt und für den deutschen Arbeiter stehen schwere Zeiten bevor. Wir werden viele Jahre hindurch erbitterte Kämpfe erleben, an denen auch die **Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht unbeteiligt** bleiben werden. Nach Bismarcks Sturz kam die Aera Caprivi, die eine Abkehr vom Hochschutzzollsystem bedeutete und in den Jahren 1891—1894 uns die ärmlichen Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Rumänien, der Schweiz und Rußland brachte und die bis 1903 Gültigkeit haben sollten. In diesen Handelsverträgen wurden Deutschland bedeutende Ermäßigungen auf industrielle Exportartikel eingeräumt, wogegen Deutschland die Einfuhrzölle auf Agrarprodukte aus diesen Vertrageländern bedeutend ermäßigte.

So wurden z. B. die Zölle für Weizen und Roggen, die 1890 auf 5 Mk. pro Doppelcentner erhöht worden waren, auf 3,50 Mk. pro Doppelcentner herabgesetzt. Dagegen der Salz Zoll von 4 Mk. auf 2,50 Mk., der Mais Zoll von 2 Mk. auf 1,50 Mk. und der Hopfen Zoll von 20 Mk. auf 14 Mk. usw. Auch die Vieh- und Holz zölle wurden teilweise beträchtlich herabgesetzt. Diese Zollpolitik der Regierung rief den wütenden Widerstand der bisher von Bismarck gehänselten Agrarier im höchsten Maße wach. Der Handelsvertrag mit Rußland z. B. konnte nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zur Annahme gebracht werden. Demals drohten die Jünger offen mit der Revivierung ihrer monarchistischen Grundzüge. Seit jener Zeit haben die Agrarier ihre Organisation gewaltig ausgebaut und damit entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewonnen. Merkt Euch dies, Kollegen!

Die Caprivi'schen Handelsverträge haben dem deutschen Handel und der Industrie zum Segen gereicht. Handel und Industrie haben einen glänzenden Aufschwung genommen. Die Ausfuhr stieg von 3051,5 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 5693 Millionen Mark im Jahre 1905, vermehrte sich also in 11 Jahren um 2642 Millionen Mark. Die Einfuhr stieg von 4285,5 Millionen Mark auf 7016 Millionen Mark, vermehrte sich also um 2800 Millionen Mark. Diese blühende Entwicklung wird durch die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge eine empfindliche Störung erleiden. Die Vertragsstaaten haben auf Grund des deutschen autonomen Zolltarifs, der bekanntlich in Dezember 1902 im Reichstage unter Druck des parlamentarischen Rechts von den Mehrheitsparteien zum Gesetz erhoben wurde, ihre Einfuhrzölle bedeutend erhöht.

Der Export deutscher Industriewaren nach dem Auslande wird also bedeutend erschwert, teilweise ganz unmöglich gemacht. Dagegen werden die jetzt schon so teuren Lebensmittel noch ganz enorm verteuert werden. Wir nennen noch besonders Käse, Butter, Mehl, Brot, wie überhaupt ein Nahrungsmittel von der Preisverteuerung ausgeschlossen bleiben wird. Also auf der einen Seite Verschlechterung der Exportmöglichkeiten und damit Verminderung der Arbeitsgelegenheit und auf der anderen Seite eine enorme Verteuern der Lebensmittel.

Aber, so wird vielleicht mancher unserer Leser verwundert fragen, warum betreibt die Regierung solche widersinnige Politik und warum wird diese Zollpolitik insbesondere von den Vertretern des Handels und der Industrie mitgemacht, die ihnen doch ins eigene Fleisch schneidet?

Nun, welche Tendenz die Reichsregierung mit dieser Zollpolitik verfolgt, das hat Graf Posadowsky am 22. Februar 1905 bei Beratung der neuen Handelsverträge offen erklärt. Danach bedeutet die neue Zollwaere und die Begünstigung der Landwirtschaft nichts anderes als ein politisches Gegengewicht gegen die wachsende Macht der Demokratie in Deutschland. Mit anderen Worten, man will die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unterbinden, um die aufstrebende Macht der Arbeiterbewegung zu brechen zu machen, um dem ungenügenden Wohnen und Trängen für politische und soziale Reformen zu schwächen. Man will lieber Menschen exportieren als Waren, wenn damit die Arbeiterbewegung zurückgehalten werden kann.

Die Zustimmung der Vertreter des Handels und der Industrie erklärt sich einerseits aus der Marktwirtschaft in Deutschland, andererseits daraus, daß das Kapital mobil ist, d. h. jederzeit auswandern kann. Die großen kartellierten Hochproduktindustrien hoffen den event. Ausfall am Export durch willkürliche Hinaufschraubung der Preise im Inlande wieder wett machen zu können. Andere Industrien widerlegen ihre Fabriken nach dem Auslande. Die Arbeitsgelegenheit geht in Deutschland verloren, der Kapitalist aber schluckt nach wie vor seine Profite. Es kann ihm gleich sein, ob ihm deutsche, österreichische oder italienische Arbeiter den Mehrwert erarbeiten. Der leidende Teil bleibt also immer nur der Arbeiter, dem die Lebensmittel verteuert werden und die Arbeitsgelegenheit geraubt wird. Vielleicht wird es möglich sein, einen Teil des fortfallenden Exports durch Erschließung neuer Absatzgebiete wieder einzubohlen. Dann bleibt aber auf jeden Fall die Vertuerung der Lebensmittel bestehen. Also, selbst den ärmlichen Teil vorausgesetzt, daß die neue Zollpolitik keine Verminderung der Arbeitsgelegenheit brächte, so ergibt sich für die organisierten Arbeiter doch nach wie vor die Konsequenz, daß die Löhne erhöht werden müssen, um die geschwächte Kaufkraft des Geldes wieder auszugleichen. Bereits im Jahre 1905 ist das Niveau aller Warenpreise um zehn Prozent gestiegen. Die Löhne waren schon vorher meistens unzulänglich. Die soziale Verbitterung wird eine ganz bedeutende Verschärfung erfahren. Die Unternehmer werden der wachsenden Konkurrenz im Inlande durch Verminderung der Produktionskosten nach Möglichkeit zu begegnen suchen. Sie werden also auch versuchen, die Löhne zu drücken, im Gegensatz zu dem Bestreben der Arbeiter, die Löhne zu erhöhen. Diese entgegengekehrten Tendenzen werden eine enorme Vermehrung und Verbitterung der Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeiführen. Vermehrung und Verschärfung der Kämpfe bedeutet für uns aber, daß wir unser Mühtzen härten müssen. Deshalb auch die Beitrags erhöhungen in den meisten Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Kämpfe kosten Geld, viel Geld. Es heißt deshalb bei Zeiten ruhen, um die Verbandskasse den an sie gestellten Anforderungen entsprechend widerstandsfähig zu machen. Regte Agitation und Verschärfung des Mühtzens für viele und schwere Kämpfe im nächsten Jahrzehnt muß die Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Auf die Gemeinden und ihre Entwicklung wird die zollwucherische Politik auch ihren ungünstigen Einfluß geltend machen. Die neue Zollwucherpelitik hat unerbittlich zur Folge, daß ebenso wie alle anderen Arbeiter auch die **Gemeinde- und Staatsarbeiter um bedeutende Löhnerhöhung hart kämpfen müssen, wenn sie nicht Hunger mit ihren Familien leiden wollen.** Schon jetzt wird aus verschiedenen Teilen des Reiches eine verschärfte Forderung der Lebensmittel gemeldet. Jetzt heißt es, in allen Gewerkschaften ruhen. Auf der ganzen Linie wird man die Beiträge erhöhen, um kampffähig zu sein. Wer jetzt der Gewerkschaft den Rücken kehrt, handelt doppelt töricht! Der Hunger wird ihn schließlich Mores lehren. Es gilt, unter der Aera Hilow den Zollraubrittern eine **bedeutende Macht der Gewerkschaften** entgegenzustellen. Darum hinein in den Verband der Gemeindearbeiter. Jeder nicht organisierte Arbeiter übt in diesen Zeitaltern durch sein Verbleiben von der Organisation offenen Verrat an der Arbeiterklasse!

Der Kampf der Berliner Riefelfeldarbeiter.

Die Berliner Riefelfeldarbeiter befinden sich bekanntlich schon von jeher in einer ungünstigen Position. Sie werden mit einem anderen Maße gemessen wie das Gros der städtischen Arbeiter. In Nr. 8 (Spalte 122) brachten wir den Bericht über einen Protest gegen eine Instruktion, mit welcher die neue Direktion der städtischen Riefelfelder debütierte. Der am meisten bekämpfte Paragraf dieser Instruktion (§ 15) soll hier niedriger gehalten werden:

„Bei Ungehörigkeiten oder Dienwidrigkeiten aller Art der Riefelfeldmeister und Riefelfeldwärter steht der Gutsverwaltung das Recht

zu. Ordnungstrafen bis zu 5 Mk. für jeden einzelnen Fall zu verfügen, welche der Einsatzmentale zuliegen.

Bei Wiederholung derartiger Dienstverletzungen oder bei größeren Vergehen, wie Vertretung, Widersetzlichkeit, Arbeits-einstellung, Trunkenheit im Dienst, Verlassen des Dienstes, Schlafen während der Dienstzeit und dergleichen sowie bei Vergehen, welche

1. gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 24. April 1854 (R. Z. S. 211) betreffend die Verletzung der Dienstpflichten der landlichen Arbeiter,

2. gegen das Reichs-Strafgesetzbuch,

3. gegen das Feld- und Forst-Polizeigesetz vom 1. April 1890 verstoßen, ist die Gutsverwaltung zur sofortigen Dienstentlassung des Erzedenten, vorbehaltlich dessen strafrechtlicher Verfolgung, und ohne jede Entschädigung des Entlassenen berechtigt. Das Recht der sofortigen Entlassung aus anderen gesetzlich zulässigen Gründen wird hierdurch nicht berührt."

Da haben nun die Miesfeldarbeiter gehofft und geharrt, es werde die neue Forderung endlich einmal der Neuzeit entsprechende Löhne einführen, statt dessen kommt man mit diesem wahrhaft vor-sinnlichen Mas. Nicht nur, daß man den Miesfeldarbeitern seit Jahren den Arbeiterausfluß hartnäckig verweigert, jetzt wird auch noch ein rigoroses Strafsystem zum Prinzip erhoben. Zum besseren Verständnis sei festgestellt, daß die angebotenen Ordnungstrafen von 5 Mk. den Verdienst von zwei vollen Arbeitstagen darstellen! Rechnet man die 12-stündige Arbeitszeit pro Tag, so ergibt dies Stundenlöhne von 20 Pf., die bei den Deputierten auf 10 resp. 15 Pf. pro Stunde herabzinken. Fast möchte man bezweifeln, daß dem Berliner Magistrat diese Dinge bekannt sind, andernfalls bleibt es unerklärlich, wie diese „Gesinde-Erdnung“ von unserer Kommune in einem ihrer Verwaltungszweige gutgeheißen oder auch nur gebuldet werden kann. War es schon früher sehr schwer, die Miesfeldarbeiter einer Organisation zuzuführen, so will man jetzt anscheinend einen Niesel für alle Zeiten vorschreiben durch Strafen, Entlassungen usw.

Natürlich werden sich unsere Kollegen solche feudale autsberrliche Alturen nicht bieten lassen. Der Kampf wird mit aller Entschiedenheit geführt werden und die Organisation wird immer mehr Fortschritte auf diesen östlichen Gefilden machen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

8752 Tote und 128.921 Verwundete, also insgesamt 137.673 auf dem Schlachtfeld der Arbeit (Gefahren oder schwer Verwundete in dem einen Jahr 1904. Diese Zahlen umfassen jedoch nur diejenigen Unfälle, für welche im Jahre 1904 zum erstenmal eine Entschädigung auf Grund der Unfallgesetzte gezahlt ist. Die Zahl der Unfälle, welche überhaupt zur Meldung kamen, aber nicht entschädigt wurden, weil die Folgen des Unfalles 91 Tage nach dem Unfall selbst als nicht mehr vorhanden angesehen wurden, ist eine bedeutend höhere. Die Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle be-träuft sich auf 583.965. Und auch diese Zahl wird noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Grauenvolle Zahlen, die eine furchtbare Auflage gegen den Mangel an Mächtigkeit enthalten, die auf Arbeiterleben und Arbeiter-gesundheit von der herrschenden Klasse im Kampf um den Profit genommen wird. Entsetzlich hohe Zahlen, die beweisen, wie weit die herrschende Klasse von der Anerkennung der Gleichberechtigung der Bürger entfernt ist.

Die furchtbaren Verluste an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück sind keineswegs notwendige Folgen der Ver-schaffungsarten. Sie sind zum größten Teil auf die Mängel der vom Kampf um hohen Unternehmerprofit beherrschten Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zurückzuführen.

Ueber die Ursachen der Unfälle gibt die amtliche Nachweisung keine Auskunft. Einige, wenn auch mangelhafte Unterlagen zur Erforschung der Unfallursachen geben die für das Jahr 1887 und für das Jahr 1897 aufgenommenen, jedoch auf einseitigen Angaben und Urteilen der Versicherungsanstalten beruhenden Unfallstatistiken. Verhältnismäßig man diese Unfallstatistiken, zieht man ferner die Gewerbeinspektorenberichte und die Wahrnehmungen in Betracht, die das tagliche Leben uns zeigen, so dürften als Verursacher der Unfälle sich in erster Reihe herausstellen: Die Länge der Arbeitszeit, die Mordarbeit, der Mangel an Schulung insbesondere unge-lehrter Arbeiter, die Heranziehung minderwertiger und besonders häufiger ausländischer Arbeitskräfte, unzureichender Erfolg von Unfallverhütungsvorschriften und ungenügende Überwachung und Bekanntmachung derselben.

Der Prozentsatz der alljährlich Verunglückten ist seit 1886 mit Ausnahme der Jahre 1888 und 1891 in stetigem Steigen begriffen. Nachstehende Tabelle gibt uns darüber Aufschluß.

Der Zunahme der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben entspricht der Mangel an Unfallverhütungsvorrichtungen. Von den 48 landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten hatten nur 5 genügende Aufsichtsberechtigten. Dies sind Niederbarnen 1, Oberfranken 1, Meiningen 1, Anhalt 3 und Sachsen 5.

Die fortwährende Vermehrung der Unfälle beweist, daß die herrschende Klasse, die im Volk der Produktionsmittel ist, den Arbeiter lediglich als Arbeitsmaschine betrachtet, dessen Ver-

unglückung ihr menschlich fern steht. Ist ein Arbeiter oder eine Arbeiterin von einem Unfall betroffen, der zur totalen Arbeits-unfähigkeit führt, dann werden dieselben achlos beiseite gelegt. Es stehen ja noch sehr viele zur Verfügung des allmächtigen Kapitals.

Wie oft kann man es doch heutzutage beobachten, daß die Vor-schriften, welche von den Gewerbeinspektoren erlassen werden, von den Herren Fabrikanten und Unternehmern einfach ignoriert werden. Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen fest-gestellt worden sind:

im Rechnungs- jahr	Unfälle			
	überhaupt	tötlich	dauernd erwerbs- unfähige	auf 1000 versicherte Personen
1886	10 540	2 716	1 778	2,83
1887	17 102	3 270	3 108	4,15
1888	21 057	3 645	2 203	2,04
1889	31 019	5 195	2 882	2,32
1890	41 420	5 958	2 081	3,04
1891	50 507	6 846	2 561	2,80
1892	54 827	5 811	2 040	3,04
1893	61 874	6 245	2 447	3,41
1894	68 677	6 250	1 752	3,78
1895	74 467	6 385	1 668	4,05
1896	85 272	6 989	1 524	4,84
1897	91 171	7 287	1 452	5,08
1898	96 774	7 848	1 109	5,90
1899	104 811	7 909	1 207	5,68
1900	106 447	8 449	1 368	5,03
1901	116 080	8 359	1 416	6,15
1902	119 001	7 842	1 396	6,28
1903	127 947	8 236	1 517	6,51
1904	136 126	8 552	1 578	6,85
1886/1904	1 344 028	123 322	36 478	4,41

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen fest-gestellt worden sind:

im Rechnungs- jahr	Unfälle			
	überhaupt	tötlich	dauernd erwerbs- unfähige	auf 1000 versicherte Personen
1888	808	354	48	0,14
1889	6 631	1 308	260	0,82
1890	12 578	1 877	438	1,55
1891	19 350	2 153	644	1,58
1892	23 231	2 026	785	1,89
1893	27 553	2 142	770	2,24
1894	32 491	2 261	560	2,64
1895	37 388	2 213	571	3,04
1896	42 934	2 363	623	3,84
1897	45 438	2 474	544	4,06
1898	47 683	2 598	382	4,26
1899	51 287	2 608	440	4,58
1900	50 311	2 662	511	4,50
1901	55 983	2 751	568	5,00
1902	57 934	2 672	541	5,18
1903	62 397	2 803	604	5,58
1904	66 003	2 948	668	5,90
1888/1904	639 993	38 363	8 901	3,34

Wie oft kann man es allerdings auch erleben, daß die erlassenen Vorschriften von den Arbeitern selbst als „zu drückend“ umgangen werden, weil sie bei Beachtung derselben nicht den Verdienst haben, welchen sie ohne diese Vorschriften haben würden. Denn daß der Unternehmer selbst bei größtem Zurückgehen des Verdienstes dem davon Betroffenen eine Entschädigung in Gestalt höherer Löhne gewähren würde, dürfte so ziemlich als ausgeschlossen gelten können.

Am Arbeiter wird es liegen, sich nötigenfalls diese Entschädigung zu erkämpfen. Dies kann er nur durch den Anschluß an die Gewerkschaften. Wir sind überzeugt, daß in allen Betrieben, in denen die Arbeiterverbände festen Fuß gefaßt haben, die Zahl der Unfälle sich wesentlich verringern wird, weil eben die Arbeiterverbände mehr auf Leben und Gesundheit der ihnen Angehörigen achten und nötigenfalls den Unternehmer zwingen können, die von den Gewerbe-inspektoren bestimmten Sanctionsvorrichtungen usw. andringen zu lassen.

Die Vermehrung der Unfälle ist besonders bei den landwirt-schaftlichen Betrieben auffallend. Nachstehende Tabelle zeigt, wie enorm die Zahl der Unglücksfälle gerade hier gewachsen ist.

absolute Mehrheit. Eventuell notwendig werdende Stichwahlen sind nicht gleich in der ersten Wahlversammlung vorzunehmen, sondern werden nach Bekanntgabe des Resultates der Hauptwahl durch den Hauptvorstand angeordnet. Das Wahlprotokoll ist seitens des Wahlvorstandes zu unterzeichnen und umgehend an den Verbandsvorstand einzusenden. Als letzter Termin zur Einschickung gilt der 25. April 1906.

Wahlen, welche nicht entsprechend diesen Vorschriften vorgenommen werden, sind ungültig.

Die Wahlkreis 18 bis 20 würden gut tun, sich bezüglich der Kandidatenvorschläge zu verständigen.

Der Verbandsvorstand.

Der Zollwuchertarif, die neuen Handelsverträge und die deutschen Gewerkschaften.

Der 1. März dieses Jahres war ein schwarzer Tag für die deutschen Arbeiter, wie überhaupt für die große Masse der Nichtbeitragsenden. An diesem Tage sind auf Grund des Zollwuchertarifs die neuen Handelsverträge in Kraft getreten und ist damit die Rückkehr zum Hochschutzzollsystem der Ära Bismarck perfekt geworden. Damit beginnt für das deutsche Wirtschaftsleben ein neuer Abschnitt und für den deutschen Arbeiter haben schwere Zeiten bestimmt bevor. Wir werden viele Jahre hindurch erbitterte Kämpfe erleben, an denen auch die **Gemeinde- und Staatsarbeiter** nicht unbeteiligt bleiben werden. Nach Bismarcks Sturz kam die Ära Caprivi, die eine Abkehr vom Hochschutzzollsystem bedeutete und in den Jahren 1891-1894 uns die auintigen Handelsverträge mit Letteiland, Ungarn, Italien, Belgien, Rumänien, der Schweiz und Rußland brachte und die bis 1903 Gültigkeit haben sollten. In diesen Handelsverträgen wurden Deutschland bedeutende Ermäßigungen auf industrielle Exportartikel eingeräumt, wogegen Deutschland die Einfuhrzölle auf Agrarprodukte aus diesen Vertragsländern bedeutend ermäßigte.

So wurden z. B. die Zölle für Weizen und Roggen, die 1884 auf 5 Mk. pro Doppelcentner erhöht worden waren, auf 3,50 Mk. pro Doppelcentner herabgesetzt. Dergleichen der Haferzoll von 4 Mk. auf 2,50 Mk., der Maiszoll von 2 Mk. auf 1,60 Mk. und der Hopfenzoll von 20 Mk. auf 14 Mk. usw. Auch die Vieh- und Holzzölle wurden teilweise beträchtlich herabgesetzt. Diese Zollpolitik der Regierung rief den wütenden Widerstand der bisher von Bismarck gehänselten Agrarier im höchsten Maße wach. Der Handelsvertrag mit Rußland z. B. konnte nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zur Annahme gebracht werden. Damals drohten die Junker offen mit der Revokation ihrer monarchischen Grundtage. Seit jener Zeit haben die Agrarier ihre Organisation gewaltig ausgebaut und damit entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewonnen. Merkt Euch dies, Kollegen!

Die Caprivianen Handelsverträge haben dem deutschen Handel und der Industrie zum Schaden gereicht. Handel und Industrie haben einen glänzenden Aufschwung genommen. Die Ausfuhr stieg von 3651,5 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 5693 Millionen Mark im Jahre 1905, vermehrte sich also in 11 Jahren um 2042 Millionen Mark. Die Einfuhr stieg von 1255,5 Millionen Mark auf 7016 Millionen Mark, vermehrte sich also um 2800 Millionen Mark. Diese blühende Entwicklung wird durch die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge eine empfindliche Störung erleiden. Die Vertragsstaaten haben auf Grund des deutschen autonomen Zolltarifs, der bekanntlich im Dezember 1902 im Reichstage unter Druck des parlamentarischen Rechts von den Mehrheitsparteien zum Gesetz erhoben wurde, ihre Einfuhrzölle bedeutend erhöht.

Der Export deutscher Industriewaren nach dem Auslande wird also bedeutend erschwert, teilweise ganz unmöglich gemacht. Dagegen werden die jetzt schon so teuren Lebensmittel noch ganz enorm verteuert werden. Wir nennen noch besonders Käse, Butter, Mehl, Brot, wie überhaupt kaum ein Nahrungsmittel von der Preisverteuerung ausgeschlossen bleiben wird. Also auf der einen Seite Verfallstärkung der Exportmöglichkeiten und damit Verminderung der Arbeitsgelegenheit und auf der anderen Seite eine enorme Verteuerung der Lebensmittel.

Aber, so wird vielleicht mancher unserer Leser verwundert fragen, warum betreibt die Regierung solche widersinnige Politik und warum wird diese Zollpolitik insbesondere von den Vertretern des Handels und der Industrie mitgemacht, die ihnen doch in eigene Fleisch schneiden?

Man, welche Tendenz die Reichsregierung mit dieser Zollpolitik verfolgt, das hat Graf Posadowski am 22. Februar 1906 bei Beratung der neuen Handelsverträge offen erklärt. Danach bedeutet die neue Zollera und die Begünstigung der Landwirtschaft nichts anderes als ein politisches Gegengewicht gegen die wachsende Macht der Demokratie in Deutschland. Mit anderen Worten, man will die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unterbinden, um die aufstrebende Macht der Arbeiterbewegung zurück zu machen, um dem ungünstigen Nehmen und Trängen für politische und soziale Reformen zu schwächen. Man will lieber Revolution erperieren als Wahren, wenn damit die Arbeiterbewegung zurückgehalten werden kann.

Die Zustimmung der Vertreter des Handels und der Industrie erklärt sich einestheils aus der Marktökonomie in Deutschland, andernteils daraus, daß das Kapital mobil ist, d. h. jederzeit emigrieren kann. Die großen kartellierten Hochproduktionsindustrien beugen den event. Ausfall am Export durch willkürliche Preiserhöhung der Preise im Inlande wieder wert machen zu können. Andere Industrien wieder verlegen ihre Fabriken nach dem Auslande. Die Arbeitsgelegenheit geht in Deutschland verloren, der Kapitalist aber schlaf nach wie vor seine Profite. Es kann ihm gleich sein, ob ihm deutsche, österreichische oder italienische Arbeiter den Mehrwert erarbeiten. Der leidende Teil bleibt also immer nur der Arbeiter, dem die Lebensmittel verteuert werden und die Arbeitsgelegenheit geraubt wird. Vielleicht wird es möglich sein, einen Teil des fortfallenden Exports durch Erschließung neuer Absatzgebiete wieder einzubolen. Dann bleibt aber auf jeden Fall die Verteuerung der Lebensmittel bestehen. Also, selbst den günstigsten Fall vorausgesetzt, daß die neue Zollpolitik keine Verminderung der Arbeitsgelegenheit brachte, so erlaubt sich für die organisierten Arbeiter doch nach wie vor die Monition, daß die Löhne erhöht werden müssen, um die geschwächte Kaufkraft des Geldes wieder auszugleichen. Bereits im Jahre 1905 ist das Niveau aller Warenpreise um zehn Prozent gestiegen. Die Löhne waren schon vorher weit ins unzulängliche. Die soziale Verbitterung wird eine ganz bedeutende Verschärfung erfahren. Die Unternehmer werden der wachsenden Konkurrenz im Inlande durch Verminderung der Produktionskosten nach Möglichkeiten zu begegnen suchen. Sie werden also auch versuchen, die Löhne zu drücken, im Gegensatz zu dem Bestreben der Arbeiter, die Löhne zu erhöhen. Diese entgegengesetzten Tendenzen werden eine enorme Vermehrung und Verbitterung der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen. Vermehrung und Verschärfung der Kämpfe bedeutet für uns aber, daß wir unter Mühsal hartn müssen. Deshalb auch die Beitragsverhöhungen in den meisten Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Kämpfe kosten Geld, viel Geld. Es heißt deshalb bei Zeiten rufen, um die Verbandskasse den an sie gestellten Anforderungen entsprechend widerstandsfähig zu machen. Neue Initiativen und Beschaffung des Mittels für viele und schwere Kämpfe im nächsten Jahrzehnt muß die Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Auf die Gemeinden und ihre Entwicklung wird die zollwucherische Politik auch ihren ungünstigen Einfluß geltend machen. Die neue Zollwucherpolitik hat unerträglich zu Folge, daß ebenso wie alle anderen Arbeiter auch die **Gemeinde- und Staatsarbeiter um bedeutende Lohnerhöhung hart kämpfen müssen, wenn sie nicht Hunger mit ihren Familien leiden wollen**. Schon jetzt wird aus verschiedenen Teilen des Reiches eine verstärkte Forderung der Lebensmittel gemeldet. Jetzt heißt es, in allen Gewerkschaften rufen. Auf der ganzen Linie wird man die Beiträge erhöhen, um kampffähig zu sein. Wer jetzt der Gewerkschaft den Rücken kehrt, handelt doppelt töricht! Der Hunger wird ihn schließlich zurecht lehren. Es gilt, unter der Ära Hilow den Zollraubtieren eine **bedeutende Macht der Gewerkschaften** entgegenzusetzen. Darum hinein in den Verband der Gemeindearbeiter. Jeder nicht organisierte Arbeiter übt in diesen Zeitaltern durch sein Fernbleiben von der Organisation offenen Verrat an der Arbeiterklasse!

Der Kampf der Berliner Rieffeldarbeiter.

Die Berliner Rieffeldarbeiter befinden sich bekanntlich schon von jeher in einer ungünstigen Position. Sie werden mit einem anderen Maße gemessen wie das Gros der städtischen Arbeiter. In Nr. 8 (Spalte 122) brachten wir den Bericht über einen Protest gegen eine Instruktion, mit welcher die neue Faktion der städtischen Rieffelder debattierte. Der am nächsten bekämpfte Paragraf dieser Instruktion (§ 15) soll hier niedriger gebracht werden:

Bei Angehörigkeiten oder Dienstverhältnissen aller Art der Rieffelmüller und Rieffelwärter steht der Selbstverwaltung das Recht

zu, Ordnungstrafen bis zu 5 Mk. für jeden einzelnen Fall zu verfügen, welche der Censuramtliche ausliefern.

Bei Wiederholung derartiger Dienstverletzungen oder bei größeren Vergehen, wie Veruntreuung, Widersetzlichkeit, Arbeits-einmischung, Trunksucht im Dienst, Verlassen des Dienstes, Schlafen während der Dienzeit und dergleichen sowie bei Vergehen, welche

1. gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. April 1854 (G. S. S. 211) betreffend die Verletzung der Dienstpflichten der landlichen Arbeiter,

2. gegen das Reichs-Strafgesetzbuch,

3. gegen das Reichs- und Preuss. Polizeigesetz vom 1. April 1850 verstoßen, in die Gutsverwaltung zur sofortigen Dienstentlassung des Erzedenten, vorbehaltlich dessen strafrechtlicher Verfolgung, und ohne jede Entschädigung des Entlassenen berechtigt. Das Recht der sofortigen Entlassung aus anderen gesetzlich zulässigen Gründen wird hierdurch nicht berührt."

Zu haben nun die Miesfeldarbeiter gebohrt und geharrt, es werde die neue Direction endlich einmal der Reuzzeit entsprechende Löhne einführen, statt dessen kommt man mit diesem wahrhaft vor-jahrlithischen Mas. Nicht nur, daß man den Miesfeldarbeitern für Jahren den Arbeiterausfluß harmnädig verweigert, jetzt wird auch noch ein rigoroses Strafsystem zum Prinzip erhoben. Zum besseren Verständnis sei festgesetzt, daß die angedrohten Ordnungstrafen von 5 Mk. den Verdienst von zwei vollen Arbeitstagen darstellen! Rechnet man die 12-stündige Arbeitszeit pro Tag, so ergibt dies Stundenlöhne von 20 Pf., die bei den Deputierten auf 10 resp. 15 Pf. pro Stunde herabzinken, die bei den Deputierten auf 10 resp. 15 Pf. pro Stunde herabzinken. Kost möchte man bezweifeln, daß dem Berliner Magistrat diese Dinge bekannt sind, anderenfalls müßte es unverständlich, wie diese "Gemeinde Ordnung" von unserer Kommune in einem ihrer Verwaltungsweize gutgeschrieben oder auch nur gebildet werden kann. War es schon früher sehr schwer, die Miesfeldarbeiter einer Organisation zuzuführen, so will man jetzt andeheimend einen Nagel für alle Zeiten vorzücken durch Strafen, Entlassungen u. s. w.

Natürlich werden sich unsere Kollegen solche feudale gutsberrliche Müssen nicht bieten lassen. Der Kampf wird mit aller Entschiedenheit geführt werden und die Organisation wird immer mehr Fortschritte auf diesen oebelischen Geisden machen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

8752 Tote und 128.921 Verwundete, also insgesamt 137.673 auf dem Schlachtfeld der Arbeit (Gefallene oder schwer Verwundete in dem einen Jahr 1904. Diese Zahlen umfassen jedoch nur diejenigen Unfälle, für welche im Jahre 1904 zum erstenmal eine Entschädigung auf Grund der Unfallacten gezahlt ist. Die Zahl der Unfälle, welche überhaupt zur Meldung kamen, aber nicht entschädigt wurden, weil die Folgen des Unfalles 91 Tage nach dem Unfall selbst als nicht mehr vorhanden angesehen wurden, ist eine bedeutend höhere. Die Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle belief sich auf 583.965. Und auch diese Zahl wird noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Grauenvolle Zahlen, die eine furchtbare Auflage gegen den Mangel an Rücksicht enthalten, die auf Arbeiterleben und Arbeiter-gesundheit von der herrschenden Klasse im Kampf um den Profit genommen wird. Entsetzlich hohe Zahlen, die beweisen, wie weit die herrschende Klasse von der Anerkennung der Gleichberechtigung der Bürger entfernt ist.

Die furchtbaren Verluste an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück sind keineswegs notwendige Folgen der Beschäftigungsarten. Sie sind zum größten Teil auf die Mängel der vom Kampf um hohen Unternehmerprofit beherrschten Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege zurückzuführen.

Ueber die Ursachen der Unfälle gibt die amtliche Nachweisung keine Auskunft. Einige, wenn auch mangelhafte Unterlagen zur Erforschung der Unfallursachen geben die für das Jahr 1887 und für das Jahr 1897 aufgenommenen, jedoch auf einseitigen Angaben und Miteilen der Berufsvereinigungen beruhenden Unfallstatistiken.

Verständlich ist man diese Unfallstatistiken, geht man ferner die Gewerkeinsichtverordnungen und die Wohnverordnungen in Betracht, die das tagliche Leben uns zeigen, so dürften als Verursacher der Unfälle sich in erster Reihe herausstellen: Die Länge der Arbeitszeit, die Altdarbeit, der Mangel an Schulung insbesondere un-erfahrener Arbeiter, die Veranzüchtung mündenweicher und besonders unschüler ausländischer Arbeiterkräfte, unzureichender Schutz von Unfallverhütungsvorrichtungen und ungenügende Hebung und Reinhaltung derselben.

Der Prozentsatz der alljährlich Verunfallten ist seit 1886 mit Ausnahme der Jahre 1888 und 1891 in stetigem Steigen begriffen. Nachstehende Tabelle gibt uns darüber Aufschluß.

Der Zunahme der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben entspricht der Mangel an Unfallverhütungsvorrichtungen. Von den 48 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen hatten nur 5 technische Aufsichtsberechtigten. Dies sind Niederbarnen 1, Oberbarnen 1, Weinungen 1, Anhalt 3 und Sachsen 5.

Die fortwährende Vermehrung der Unfälle beweist, daß die herrschende Klasse, die im Besitz der Produktionsmittel ist, den Arbeiter lediglich als Arbeitsmaschine betrachtet, dessen Ver-

unglückung ihr menschlich fern steht. Ist ein Arbeiter oder eine Arbeiterin von einem Unfall betroffen, der zur totalen Arbeits-unfähigkeit führt, dann werden dieselben achlos beiseite gelegt. Es stehen ja noch sehr viele zur Verfügung des allmächtigen Kapitals.

Wie oft kann man es doch heutzutage beobachten, daß die Vor-schriften, welche von den Gewerbeinspektoren erlassen werden, von den Herren Fabrikanten und Unternehmern einfach ignoriert werden.

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

im Rechnungsjahr	Unfälle			
	überhaupt	tödtlich	dauernd erwerbs-unfähige	auf 1000 versicherte Personen
1886	10 540	2 716	1 778	2,83
1887	17 102	3 270	3 168	4,15
1888	21 057	3 645	2 203	2,94
1889	31 019	5 185	2 882	2,32
1890	41 420	5 958	2 691	3,04
1891	50 507	6 846	2 561	2,80
1892	54 827	5 811	2 640	3,04
1893	61 874	6 245	2 487	3,41
1894	68 677	6 250	1 762	3,78
1895	74 467	6 385	1 668	4,05
1896	85 272	6 980	1 524	4,84
1897	91 171	7 287	1 452	5,08
1898	96 774	7 848	1 109	5,80
1899	104 811	7 909	1 207	5,63
1900	106 447	8 449	1 366	5,63
1901	116 080	8 359	1 416	6,15
1902	119 001	7 842	1 390	6,28
1903	127 947	8 236	1 517	6,51
1904	136 126	8 552	1 578	6,85
1886/1904	1 384 028	123 322	36 473	4,41

Zahl der verletzten Personen, für welche im Rechnungsjahr erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind:

im Rechnungsjahr	Unfälle			
	überhaupt	tödtlich	dauernd erwerbs-unfähige	auf 1000 versicherte Personen
1888	808	354	48	0,14
1889	6 631	1 308	200	0,82
1890	12 578	1 877	438	1,58
1891	19 359	2 153	644	1,89
1892	23 231	2 026	785	2,24
1893	27 553	2 142	770	2,24
1894	32 491	2 261	590	2,04
1895	37 348	2 213	571	3,04
1896	42 934	2 363	623	3,84
1897	45 488	2 474	544	4,08
1898	47 683	2 598	332	4,26
1899	51 287	2 608	440	4,58
1900	50 311	2 662	511	4,50
1901	55 983	2 751	568	5,00
1902	57 934	2 672	541	5,18
1903	62 307	2 893	604	5,58
1904	66 063	2 948	668	5,90
1888/1904	639 993	38 363	8 901	3,34

Wie oft kann man es allerdings auch erleben, daß die erlassenen Vorschriften von den Arbeitern selbst als "zu drückend" umgangen werden, weil sie bei Beadung derselben nicht den Verdienst haben, welchen sie ohne diese Vorschriften haben würden. Denn daß der Unternehmer selbst bei greifbarem Zurückgehen des Verdienstes dem davon Betroffenen eine Entschädigung in Gestalt höherer Löhne zu zahlen würde, dürfte so ziemlich als ausgeschlossen gelten können.

Am Arbeiter wird es liegen, sich notigfalls diese Entschädigung zu erlangen. Dies kann er nur durch den Ansdutz an die Gewerkevereinigungen. Wir sind überzeugt, daß in allen Betrieben, in denen die Arbeiterverbände fehlen, sich die Zahl der Unfälle, die Leben und Gesundheit der ihnen Angehörigen kosten und notigfalls den Unternehmern zuzurechnen sind, die von den Gewerbe-inspektoren bestimmten Schutzvorrichtungen u. s. w. anbringen zu lassen.

Die Vermehrung der Unfälle ist besonders bei den landwirt-schaftlichen Betrieben auffallend. Nachstehende Tabelle zeigt, wie enorm die Zahl der Unglücksfälle gerade hier gewachsen ist.

Das Koalitionsrecht der Staats- und Gemeindearbeiter und Angestellten in Frankreich.

Erst das Gesetz vom 21. März 1884 brachte den französischen Arbeitern das freie Koalitionsrecht. In diesem Gesetz steht nichts davon, daß dieses Recht beschränkt sein sollte auf die Arbeiter der Privatindustrie, und es haben denn auch schon immer Verbindungen von Arbeitern der staatlichen Tabak- und Zündholmanufakturen, sowie solche der Militärwerkstätten und Arsenalarbeiter usw. bestanden. Allerdings hat es diesen gegenüber von Seiten der staatlichen Behörden nicht an Bevormundung und Bedrückungen mangelnder Art gefehlt; zu einem größeren Schritt kam es aber erst, als vor einigen Monaten die Pariser Post- und Telegraphenarbeiter ihre Forderungen durch gemeinsames Vorgehen, eventuell durch Streik durchzusetzen sich anstrebten. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß den Post- und Telegraphenbeamten, sowie anderen staatlichen Arbeitern und Angestellten ein freies und beschränktes Koalitionsrecht nicht zugesprochen werden könne. Am vergangenen Sonntag haben nun in Paris und in allen größeren Städten Frankreichs große Versammlungen stattgefunden, die sich zu imposanten Kundgebungen der Staats- und Gemeindearbeiter gestalteten. In den Versammlungen waren vertreten die Post- und Telegraphenbeamten, die Tabak- und Zündholzarbeiter, die Militärwerkstätten- und Arsenalarbeiter, die Beamten der Steuer-, die Gemeindearbeiter und die Volksschullehrer. Auch die letzteren fordern nämlich das Recht, sich in wirtschaftlichen Vereinigungen zum Zweck der Verbesserung ihrer Lage organisieren zu dürfen. Eine solchen Forderungen entsprechende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen. Wenn bis zum 15. März dieses Jahres den genannten Beamten und Arbeiterkategorien nicht die sichere Gewahrgabe ist, daß ihren Koalitionsbestrebungen keine Hindernisse mehr entgegenzusetzen werden, so werden sie, wie es in der Resolution heißt, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung diejenigen Schritte unternehmen, welche die Situation erheischt.

Eine Nacht in der alten Akademie*).

Von Lilly Braun.

Es geht um in dem alten grauen Haus. Auf den ausge-tretenen Steinbänken klopert es allnächtlich, wie von hohen Stöckel-schuhern, ein weiches, leiseres Luft weht durch die öden Gänge, als käme er aus den berühmten Ledentöpfchen schöner Damen und wie und da blüht es geheimnisvoll auf im Strahl der Leuchte, wie von der goldglänzenden Uniform eines längst vermoderten Hofmarschalls. Aus dem Winkel gleich links am Eingang, wohin Mond und Sonne den Weg nie fanden, stöhnt es leise, — wer ein Zeugniskind ist, der steht dann wohl auch den kleinen Raum mit der spitzen Nase und den rotumranderten Augen: der Baummeister ist's, der vor zwei-einhalb Jahrhunderten in dem künftigen Kreuzen der Munit dieses Ldbach schuf. Nun ist's in dem immer noch künftigen Lande aus Wasser, Sand und Kieseln dem Untergang geweiht. Alle Taten sammern, deren Wert die Nachwelt zerstört. Sie wissen: dann erst sind sie ganz gestorben.

Zwölf Schläge drohnen von den Stadttürmen. Es ist eine napfste Winternacht mit tief herabhängenden Nebelschleieren, wo jeder, der noch ein Ldbach hat, dorthin flüchtet, auch wenns noch so elend ist. Vor der alten Akademie aber lauert etwas, einem Menschen gleich, das wohl kein Zubau hat: aus dem gelbbraunen Gesicht mit schwarz hervorspringenden Backenknochen blickt ein Augen-paar, stumpf, müde; blutleere schmale Lippen pressen sich aufeinander; die Stirn unter dem dünnen Haar in von tiefen Furchen durchzogen — das Antlitz eines Wesens, das nicht mehr verwehrt sein kann.

Das Tor springt auf und hinein schleicht die graue Erscheinung. Da — welch wilder Schrei — welch wirres Stöhnen und Wispern — welch häßliches Klappern und Schlitzen, wie von vielen, vielen Menschenfüßen — die alten Hausgänger fliehen vor dem fremden Eindringling. Weit — weit aber öffnen sich ihm die Alageltüren. Trinnen im Saale flammen die Lichter auf. Er scheint menschen-leer, nur die Erzeugnisse menschlichen Fleißes säubert ihn und die Nebengeräte: Mäntel und Jacken, Kleider und Wäsche, Schuhe und Sandale, Spitzen und Blumen, Hüte und Schirme, Körbe, Schächer und Zehlfüßel, und Spielzeug in allen Formen und Farben. Ein Trödelmarkt in der alten Akademie? Das mag die feinen Geistes-Tamen und Herren wohl betrieben haben! Als aber der

* Anmerkung der Redaktion. Unsere beschränkten Raumverhältnisse erlauben uns nicht bisher auf die bekannte Heimarbeit Ausstellung näher einzugehen. Wenn auch unsere Organisation mit der Heimarbeit direkt nichts zu tun hat, so wird doch in der Familie manches unserer Mitarbeiter verdient. Auch sonst möchten wir als gemeinnützige Zeitschrift die große Ausstellung des Glönds, die hier in Berlin unter den Linden in der alten nun zum Abbruch kommenden Akademie zu sehen war und wohl noch in anderen Ghaststätten gezeigt werden wird, nicht unerwähnt lassen. Wir bringen deshalb nachfolgend einen Artikel von Frau Lilly Braun aus der Zeitschrift "Die neue Gesellschaft", die in pastender Form das auf der Ausstellung zu Tage tretende Glönd der Heimarbeiter schildert.

seltsame späte Besucher eintritt, erwacht ringsum ein geheimnisvolles Leben. Bohm der starke Wind seiner müden Augen kriecht, da regt es sich: Schatten rückt die aus den Falten der Mäntel schlüpfen, die unter den Tisch hervorkriechen, aus den Blumen-leichen wie Rauch sich entwickeln, sich lösen aus ihren eigenen Fildern an den Wänden. Und ein Geräusch, der sich schwer auf die Stirn legt, erfüllt den Raum, und Wolken von Staub wirbeln durch die Luft.

Da vorn vor dem grauen Tüchermantel, der ein glühendes Menschenkind so wohlig vor der Mäße schütten kann, hockt eine: den Rücken gebeugt, die Finger zerbrochen. Sie ist noch jung, kaum 20 Jahre alt; aber in ihren Augen ist die Jugend längst erloschen. Sie näht — näht — näht von früh bis spät in der engen Stube neben dem Lager ihres sieben Mütterleins. Sie seht kaum die Kasse vom Mädchentritt — für 11½ Pf. die Stunde! Und wenn er fertig ist, der hübsche graue Katerol, nach 12 heissen Arbeitsstunden, dann zieht sie ihr verfilztes Sommermäntelchen über die dünnen Glieder und eilt, das Paket im Arm, in Wind und Wetter hinaus, um ganze 1,75 M. wieder heim zu bringen. Ach, wie sie stöhnt im Gedanken daran, daß ihrer zwei davon leben müssen! Tada neben ihr steht einer, der schaut sich seiner eigenen Stunde Arbeit an: ein Waffentrod ist's, des Königs Mod. Wie sauber ist er gearbeitet mit all den Nigen und Aufsätzen und blanken Knöpfen daran. Vier kleine Kinder hat der Mann zu ernähren und für den Hof, der ihm fast elf Stunden Arbeit kostet, bekommt er nur drei Mark. Und wie lange hat er lernen, wie lange hat er sich einarbeiten müssen, bis er soweit war! Sein Mollge nebenan beneidet ihn aber noch; der muß 15 Stunden arbeiten um dasselbe zu verdienen, und braucht 18, will er den langen, schönen Wollmantel fertig kriegen. Ob sie die Ehre tröstet, daß sie im Grunde für den Staat arbeiten? Da, weiter hinten sitzt eine Frau. Ist sie alt, ist sie jung, wer weiß es? Einen alten Minderwagen hat sie dicht neben sich, auf ihm ein Anaben-anzug, an denen Worte sie noch häufig die Knöpfe zu nähen scheint. Unruhig bewegt sich's unter den Rissen des Wagens, ein glühendes Kinderköpfchen blickt mit sichernden Augen empor zur Mutter, und die mit roten Schmalzschlecken bedeckten Händchen kramen sich in den Rock auf dem Bett. Rasch stößt die Frau dem Mollge etwas Wasser ein — dann näht sie weiter — die kalten Schweißtröpfchen auf der Stirn — 40 Pfennig bekommt sie, wenn der ganze Anzug fertig ist! Dann mag er das Kleider weiter zu anderen Kindern tragen!

Ach, und da, wie hübsch: ein weißes Mädchenkleid mit seidenen Nigen, für ein kleines Glödspringchen wie geschaffen! Warum lächen die Mädchen so höflich rauh, die daneben stehen? Sechzehn Mark für das Dubend", lächeln sie, "wir müssen auf die Straße — die Straße, um das Fröngchen anzuziehen!"

Und dort: die weißseidene Pluse mit den Spitzeninsätzen und den vielen, vielen kleinen Saumchen? Mit beschwollenen Augen benut sich ein Weib darüber — nach Aufseht richt's um sie her. Eben noch hat der betrunkene Mann ihr den letzten Groschen ent-rissen; sie hat ein Kind unterm Herzen für das sie schaffen möchte, aber die schöne seidene Pluse, die das Lächelnlein des Sommergerates nächstens zur Tanzstunde schmückt, vermag kaum ihren Hunger zu stillen.

Weiter, weiter nur, dem Jammer zu entrinnen! Ach, die Schatten drängen sich nur noch enger hezul! Da vor den Zigaretten am Tisch die vielen bleichen Frauen mit dem vassenden Mühen! Rasch, rasch drehen sie die aromatischen Kräuter in den schuppigen Händen — sie haben keine Zeit, sie zu waschen — rasch, rasch beneben sie die Papierhüllen mit der Zunge, an der noch der Schleim ihres Hütens klebt — sie haben keine Zeit, zum Pinsel zu greifen, denn ganze 13 Pf. gibt es pro Stunde und 1500 Hüllen gilt's an einem Abend zu machen! Ein schwarzer Duft von Nikotin hält sie ein und dringt vergiftend in ihr gequemes Fleisch. Noch fürchterlicher aber ist der Prodem, der die Arbeiterin umgibt: der Verwesungsgeruch der Bogelflügel mischt sich mit dem des schmierigen Mehlwesens — 6 Pf. — 6 Pfennig! — bringt die Stunde in dieser Todesluft!

Hört es nicht auf, wird es nicht keller? Gilt es, die Süde bis in ihre dunkelste Tiefe zu ergründen? Im Lebenssaal liegen Lebertöfchen, Gelbventel und Schmalzleichen aus — man möchte grad zapfen, so lödend und hüßlich in das alles. Aber warum nur drängen sich all die hohlwangigen Gestalten hierher? Das Ehepaar hier, zwei müde Geiste, machen Geldstücken während zwölf langer täglicher Arbeit-stunden, um ganze 2,10 M. dafür zu verdienen — das ist das Aussehen im Alter nach dem Lebenswert! Und die anderen dort mit der Schar blauer, übermüdigter, unfröber Kinderchen? Sie bekommen für 14 Lebertöfchen 5 M. und haben, wenn sie alle sechs tüchtig bei der Arbeit bleiben, 12 M. in der Woche — das ist das Glück in der Kindheit vor dem Lebenswert! Aber auch an dem reifen Mann mit dem rötlichen Einwaschen in den Hügen, recht das Glönd nicht vorbei: die schöne Fische aus kostbarem Leder, mit Seide darin und allerhand kleinen Behältern, kann nur aus den geschickten Händen eines geübten Arbeiters kommen und ruhig zählt der Käufer einmal ein halbes hundert Mark für das Prunkstück — der Arbeiter aber hat nur 3 M. daran! —

Immer dichter wirbelt der Staub in der Luft; Federabfälle mischen sich mit Metallteilchen und Wuschelsplintern — sind es denn Menschen, die hier atmen? Um den Tisch hocken sie in Reihen, die vom frühen Ziechtum gezeichneten Minder, Pleisoldaten vor sich in Stille und Fülle. Warum spielen sie nicht, warum lachen sie nicht? Mit automatischer Geschwindigkeit brechen sie die Figürchen in den Ringern; der eine malt nur den roten Aock, der andere nur die schwarzen Dosen, die dritte setzt unaufhörlich nichts als ein dunkles Alerchen in die Augenhöhlen, der vierte packt mechanisch eines neben das andere in die Papptafeln — kein Geplauder, kein Scherzwort wird laut — sie denken nicht, sie leben nicht — sie arbeiten nur, billige, lebendige Maschinen: 144 Soldaten für 25 Pf. — 7 Pf. Verdienst in der Stunde! Und die Minder werden immer mehr: 70 zählen und packen sie Dosen und Tefen und Nahnadeln, 100 000 Stück für 1,21 Mk. bis tief in die Nacht hinein — und doch schillt der Lehrer des morgens und schwinkt den Mohrtod, wenn der Mops ihnen wichtig ist und Zahlen, nur Zahlen und blaue Nadeln ihnen vor den müden Augen tanzen. In überhendem Staub sitzen sie dicht gedrängt um den Vater, den Perlmutterbohrer; sie müssen ihre Spieluhr opfern, wie ihre Augen, denn für 114 Münze gibt es nur 1,30 Mk., da gilt's schaffen für Groß und Klein! Aber noch mehr verdankt das Holz- und Papiermade Spielzeug ihren fleißigen kleinen Händen. Bei den Weihnachtsmännern, die an den guten Minderfreund erinnern sollen, der ebenso wie der liebe Herrgott scheint's neuerdings nur die braven Minder bei den Reichen sucht, müssen 25 Tausend in der Woche hergestellt werden, damit die Eltern mit ihren zwei Kindern auf 11,22 Mk. am Sonntag rechnen können, d. h. auf 5 Pf. pro Stunde! Und der hübsche Wald mit den Goldschlängern und den Wagen und Pferden bringt gar nur 2 1/2 Pf. Stundenlohn, die zierlichen Puppenmöbel, die die Kleinen schmücken, 2 Pf., die Goldpferdchen ihrer anderthalb. Und rasch, rasch müssen sie schnitten und kleben und malen, sonst sinkt der Verdienst und der Hunger verläßt gar niemals mehr ihre dumpe Stube.

Hat die Lual ein Ende? Ist der Spuk vorbei? Die Wände weiten sich, zu einem Zauberpiegel wird jedes Fenster. Gärten erschmeinen darin mit niedrigen Fenstern, starrenden Säulen innen und außen, dicht bevölkert, Werkstatt, Schlafstube und Küche — ein einziger Raum! Daneben die elegante Villa des Unternehmers. Stuben öffnen sich dem Blick mit Sterbenden im Bett und Lebenden in häßlicher Arbeit vor dem ewig dunklen Koffenher; Dachkammern, in denen Klammern Ringen mühsam schimmernde Perlen auf leichte Stoffe nähen, während die Minder weinen und Prot; Werkstätten, wo eng aufgenepfercht neben dem heißen Bügelofen der Nähmädchen Jugend verdorrt — und daneben die Paläste der Konfektionäre. An einer der ärmlichsten Gassen steht die Frau am Herd bei der Wasserröhre und die Minder kriechen auf dem flebrigen Boden und schlafen im zerwühlten Bett, und der Vater, der Weber, sitzt am Webstuhl und webt „Gott schütze den Kaiser“ in das schwarzweiße Band; und in einer sahlen feuchten Kellerstube beugt sich ein achtzigjährig Mutterlein über das Altpfaffenstiel — etwas wie Freude glänzt in ihren Augen; für sie sind alle Prinzessinnen Märchenprinzessinnen und die Kaiserin, — ach, die Kaiserin selbst! — hat, so erzählte man ihr, ihres Elendes gedacht. Nun wird sich sicher bald der Himmel aufthun! —

Immer dichter, immer enger drängt sich die Menge grauer, Schatten; ein Weinen und Stöhnen, Kasten und Schluchzen klingt zusammen wie ein einzig-furchtbares Maelied. Die Minder haben sich an den Händen gefaßt; auf dünnen, krummen Leinwand Kolpfern sie vorwärts, die Mädchen mit den müden Greisengeichtern tief zwischen den Schultern stehend, hinter ihnen die Mädchen, blaß, unfroh, bleichjüchtig, mit eingesenkter Brust und schmalen Stiften, untüchtig zur Mutterkraft, einige nur in hellen Haufen und großen bunten Hüten, ein erstarbtes Dienstmädchen in den Zügen; dann die Männer mit krummen Rücken und hohlen Wangen, und die Frauen, — Greisinnen schon mit dreißig Jahren! — die Alten schließlich, traurige Reste dessen, was einst ein Mensch werden sollte. Sie streben nach vorn. Dort steht sie, die Frau mit dem gelbweißen Gesicht, dem stumpfsinnig müden Augenpaar, den blutleeren Lippen, der durchfurchten Stirn. Und zu reden beginnt sie mit der langsam harten Stimme jener, deren Tränen den Ton in der Stille kritischen.

„Zeit ihr endlich gekommen aus den Höhlen und Schlupfwinkeln eurer Not? Seht, wie den Reichen — laut vor euch, wie die guten Herzen erbeben! Aber glaubt ihnen nicht. Wenn eure Schatten verwinden im Licht der Tagessonne, dann denken sie eurer nicht mehr, als eines wüsten Traums der Nacht. Dann predigen sie weiter die Heiligkeit der Familie, während ihre Raufgier die eure zerrüt; dann erzählen sie weiter das Märlein von dem Glück der Kindheit, während ihre Galsjudt eure Minder mordet; dann preisen sie weiter des Weibes Menschheit, während sie eure Töchter auf die Gasse treiben. Glaubt ihnen nicht! Es gibt keine Märchenprinzinnen, die euch erlösen, keine Märchenprinzessinnen, die die grauen Lumpen eurer Sorgen in Sonnen und Sternentleider des Glücks wandeln könnten. Denn noch herrscht Er, der hundertköpfige Riese mit dem Herzen aus hartem Gold und den tausend fröhlichen Rangarmen. Schleicht euch zurück, wenn die erste Stunde des neuen Tages schlägt, aber nicht in eure

Winkel, wo eure Not sich schamhaft vertrieht; nein, breitet euch aus, ihr dunklen Voten, geht in alle Gassen, tretet in jede Kammer ein, wo eure Brüder und Schwestern noch im dampfen Zerkose liegen. Rüttelt sie auf, gebt ihnen eure Steden, wenn sie noch nicht gehen, reicht ihnen euren Arm, wenn sie das Licht des Tages noch nicht betragen können. Und wenn eure kleine Schar zu einem Heer wurde von Hunderttausenden, dann reißt die Wohnstätten des Elends nieder, dann erobert die Welt! Glaubt ihnen nicht, glaubt ihnen nicht, die seit neunzehnhundert Jahren Liebe predigen und leben vom Blute derer, die sie unter ihre Füße traten! „Glaubt ihnen nicht“ — glaubt ihnen nicht! — tönt es dumpf, wie ein Echo wieder — und von neuem ist's, als regte sich's draußen: ein Klappern und Schlürfen, wie von vielen, vielen eilenden Menschenfüßen, ein angstvolles Wispern und Klammern, ein Klammern von seidenen Nadeln, ein Klammern von Tegen auf den steinernen Stufen der Treppe. Sie fliehen, die feinen Weiberdamen und -Herren! — Auch die Schatten vertrieben im Saal, kehren zurück in die Mäntelfalten, unter die Tische, in die Blumenfelche. — Ein Uhr!

Unten am Eingang aber hockt die graue Erscheinung und blidt auch am lichten Tage mit stumpfsinnig-müden Augen die Vorübergehenden an

Städtliche Beamte.

Der Verband technischer Gemeindebeamten Deutschlands hielt im Januar in Berlin eine Versammlung ab, die auch von auswärtigen Beamten sehr stark besucht war. Sie befaßte sich mit den mühsamen Gehalts- und Anstellungsverhältnissen der Techniker. Nach dem vom Verbands gesammelten statistischen Material sind, wie vom Referenten ausgeführt wurde, in 173 Gemeindeverwaltungen insgesamt 5835 technische Angestellte einschließlich der Oberbeamten beschäftigt. Davon sind in 151 Verwaltungen 1779 lebenslanglich angestellt oder 30,5 Proz., in 110 Verwaltungen 1319 auf Kündigung, also 22,6 Proz., und in 143 Verwaltungen 2737 nicht angestellte, gleich 47 Proz. Unter den 1779 lebenslanglich angestellten Technikern befinden sich die oberen technischen Beamten, die mit rund 1000 angenommen werden müssen. Es verbleiben daher im günstigsten Falle nur 779 lebenslanglich angestellte mittlere Techniker oder 13,25 Proz. In Berlin sind 172 lebenslanglich, 217 auf Kündigung und 324 nicht angestellte Techniker. Nach einer scharfen Kritik des Monnmalbeamtenengesetzes vom 30. Juli 1899 wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erachtet die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Gemeindetechniker als den jetzigen Verhältnissen nicht entsprechende und für die an die Techniker gestellten Anforderungen als vollständig unzulänglich im Vergleich zu anderen Beamtenkategorien. Der Verbandsvorstand wird hiermit beauftragt, eine Verbesserung dieser Verhältnisse durch Abänderung der bezüglichen Gesetze und Eingaben an die Gemeindeverwaltungen anzustreben, zu welchem Vorgehen das vom Verbands gesammelte Material benutzt werden soll.“

Aus unserer Bewegung.

Berlin IV. In einer am 23. Februar abgehaltenen Versammlung für die Kochherstellung der Gasanstalt GutsMuthsstraße sprach Kollege Kreuzow über die Entwicklung der Organisation in den Englischen Gasanstalten. Die Versammelten stimmten den Ausführungen zu und versprachen sämtlich den Beitritt zum Verband der städtischen Arbeiter. Die Diskussion förderte viele Mißstände auf, so den, daß die Löhne ganz nach Willkür festgesetzt werden. Ferner wurde festgestellt, daß der Arbeiterausschuß noch nicht ein einziges Mal in Tätigkeit getreten ist. Schließlich wurde die Wahl der Vertrauensleute vorgenommen.

Berlin IV. (Englische Gasanstalten.) Für die im Gaswerk Groß-Lichterfelde und bei der Revierinspektion Steglitz beschäftigten Handwerker und Arbeiter fand am 2. März eine Agitationsversammlung statt. Kollege Kreuzow sprach in längerem Vortrage über den „Zweck der modernen Arbeiterbewegung“. Der reiche Beifall bei den Ausführungen des Referenten sowie wie auch die Diskussion bewies das Einverständnis der Versammelten mit dem Vortrage. Da schon vor der Versammlung eine Anzahl Kollegen ihren Beitritt zum Verband erklärt hatten, wurde zum Schluß noch die Wahl der Vertrauensleute vorgenommen.

Mummelsburg. Eigenartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat die Gemeinde Mummelsburg ihren Arbeitern beschert. Es bestehen da 2 Lohnklassen. Die jüngeren, bis zu 45 Jahre alten Arbeiter, werden ausschließlich auf der StraÙe beschäftigt und bekommen 21 Mk. Wochenlohn, dagegen sind alle über 15 Jahre alten Arbeiter vom Straßenbau, Straßenreinigung usw. nach der Materialanlage, Fortanlagen usw. verlegt worden und erhalten einen Stundenlohn von 35 Pf. Wenn man nun eine durchschnittliche 10stündige Arbeitszeit zu Grunde legt, so stellt sich schließlich keine wesentliche Differenz heraus. Anders aber, wenn man bedenkt, daß bei all diesen Arbeiten im Winter nur 8 bzw. 8 1/2 Stunden gearbeitet werden kann. So kommt es denn häufig vor, daß

Familienväter, trotzdem sie noch in den besten Jahren und rüstig sind, am Wochenlohn mit 16 Mk. nach Hause gehen müssen, während jüngere Kollegen 5 Mk. mehr in die Tasche stecken können. Es ist gar nicht einzufassen, was die Gemeindeverwaltung zu dieser Maßregel veranlaßt hat. Die Straßnarbeiten sind in keiner Weise schwerer als die Erdarbeiten bei der Parkverwaltung oder der Manufaktur. Im Gegenteil! Die schwere und unsaubere Arbeit ist die bei der Alaranlage. Aber die älteren Arbeiter sind auch die Fleißigsten und diese, anstatt im Lohn herauszuheben, noch zurückzusetzen, zeigt nicht von sozialer Einsicht. Macht doch gerade die Gemeinde bei der Alaranlage durch ihre älteren und daher geübteren Arbeiter das beste Geschäft. Vor fünf Jahren waren 3 W. bei der Manufaktur 7 Mann beschäftigt, gegenwärtig nur 4 bis 5 Mann. Und doch hat innerhalb der letzten fünf Jahre die Gemeinde um 5000 Familien zugenommen. Solche Maßnahmen müssen Unzufriedenheit erregen.

Die Himmelsburger Kollegen haben ferner über die Arbeitsordnung. Diese ist hier, wie sie nicht sein sollte. Die Arbeitsordnung kennt nur strenge Pflichterfüllung auf Seiten der Arbeitnehmer, jeder Vorstoß gegen die Arbeitsordnung wird mit sofortiger Entlassung bestraft. Dagegen scheinen auch die selbstverständlichen Rechte der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer - wie Wahlrecht, Wahl eines Arbeiterausschusses - der Himmelsburger Gemeindeverwaltung böhmische Dörfer zu sein. Dafür bestimmt aber § 2, daß nur solche Arbeiter eingestellt werden, welche sich dieser Arbeitsordnung bedingungslos unterwerfen. So ist nach § 4 jeder Arbeiter verpflichtet, zu jeder Zeit - ob bei Tage oder Nacht - zur Arbeit zu erscheinen. Im Weigerungsfalle tritt sofortige Entlassung ein. Für spätkommen wird für jede angefangene Stunde ein Zehntel des Tagelohnes in Abzug gebracht, geschieht dies häufiger, so ist Entlassung zu gewärtigen. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden, im Winter 8 1/2 Stunden. Es erhalten die noch nicht 15 Jahre alten Arbeiter den herrschenden Lohn von 21 Mk. pro Woche, die über 15 Jahre alten Arbeiter dagegen einen Stundenlohn von 35 Pf. Die unbedenklichen Nachtbefugnisse der Gemeindeverwaltung gegenüber ihren Arbeitern sind für sämtliche Betriebe einem sogenannten Straßmeister übertragen.

Da die Gemeindeverwaltung von ihren Arbeitern die Befolgung der Arbeitsordnung auf das strengste verlangt, so sollte man andererseits auch von der Gemeindeverwaltung verlangen, daß sie sich ebenfalls nach den Bestimmungen richtet. Der folgende Fall scheint uns aber das Gegenteil zu beweisen. Die Arbeitsordnung setzt für die Zeit vom 1. Februar bis 15. März die Arbeitszeit von früh 6 1/2 Uhr bis 3 Uhr nachmittags fest. In der vorigen Woche wurde nun plötzlich befohlen, von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr zu arbeiten, und als ein Arbeiter auf Grund der Arbeitsordnung nach der bescheidene Anfrage erlaubte, ob die längere Arbeitszeit als Nebenstunden extra bezahlt würden, erhielt er die freundliche Auskunft, da jetzt nach Wochenlohn bezahlt würde, gebe es keine extra bezahlten Nebenstunden. - Wenn's nicht paßt, der kann gehen. Als nun zwei Arbeiter diesen Antrag besahen, fragte der freundliche Straßmeister auch die übrigen Arbeiter, ob sie ihre Papiere ebenfalls haben wollten, sie könnten dieselben auch sofort bekommen. Es meldete sich aber niemand weiter. Entweder sich fügen oder fliegen ist hier die Parole.

Auf Antrag unserer Parteigenossen in der Gemeindevertretung haben die Arbeiter und andere in der Gemeinde beschäftigten Personen eine einmalige Feuerzulage von 50 Mk. erhalten; sollen nun vielleicht durch die Verlängerung der Arbeitszeit diese 50 Mk. aus den Arbeitern wieder herausgewirtschaftet werden?

Schmargendorf. Tenthliche Gasarbeiterversammlung vom 13. Februar 1906. Den Bericht von der letzten Ausschusssitzung erstellte der Kollege Gottschall. Es handelte sich größtenteils um Regelung innerer Betriebsangelegenheiten. Referenten wurden seitens der Direktion folgende Punkte: Die Anwartschaft von Wärmeleitern zum Wärmemachen von Eisen, zweitens das Wechseln der Arbeiter in sämtlichen Abteilungen, soweit dies irgend angängig ist, um allen Arbeitern einen gleichmäßigen Lohn zu sichern. Den Sonntagsmaschinen wurde die Einstellung einer dritten Kolonne zugesagt, damit dieselben nur alle drei Sonntage zum Dienst beangezogen werden. Außer einigen kleineren Angelegenheiten unbedeutender Natur wurden folgende zwei Punkte abgelehnt: 1. Den Arbeitern im Mollenbrecher eine Ertragsvergütung von 2 Stunden für Sonntagsgararbeit zu gewähren. Wird sonst bei allen anderen Kategorien von Arbeitern die Sonntagsgararbeit etwas besser bezahlt, hier ist dies nicht der Fall. Die zweite Sache betrifft die Stadtgasse bzw. Schmiede. Dieselben haben um einen Anfangslohn gleich den anderen Sandwerkern, steigend bis 5 Pf. unter den höchsten Zährmeisterlohn. Es wurde von den Ausschusssmitgliedern darauf hingewiesen, daß doch nur gelehrte Schmiede zur Verwendung kommen und dieselben auch ausbilsweise den Zährmeister vertreten. Der Ausschuss habe vergeblich auf die Qualifikation der Arbeit hingewiesen und daß ein Ungelernter sie gar nicht verrichten könnte. Als Abwehrungsgrund war angeführt, daß auch andere Forderungen zurückgewiesen werden mußten. In der Diskussion wurde lebhaft betont, daß man an den gestellten Forderungen unbedingt festhalten müsse und nicht mit der ersten Abweisung sich

zufrieden geben dürfe. Darauf erfolgte die Aufstellung sämtlicher Mandatanten zum Arbeiterausschuss. Alle von den Vertrauensleuten empfohlenen Mandatanten wurden von der Versammlung mit großer Majorität angenommen. Unter Verschiebung wurde auf die Stellungverhältnisse hingewiesen und einer scharfen Kritik unterzogen. Hier zeigte es sich so recht, wie wenig der Arbeiter seine Interessen zu begreifen versteht. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß es sich die organisierte Arbeiterschaft zur besonderen Pflicht machen müßte, dafür zu sorgen, daß auch in unserem Betriebe die Stantine zum Nutzen und nicht zum Nachteil der Arbeiter vorhanden ist. Darauf erwähnte der Vorsitzende die nichtorganisierten Kollegen, mit in die Reihen der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft einzutreten und sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Weihensee. Eine sehr gut besuchte Versammlung der Gemeindegewerkschaft in Weihensee tagte am 2. März im Lokale von Contant. Kollege Seize sprach über den Zweck und Nutzen einer Organisation. Die Löhne in dieser Gemeinde sind noch recht niedrige. So erhalten alle auf der Straße Beschäftigten einen Stundenlohn von 30 Pf. Bei der Alaranlage 35 Pf. Dabei wurde schon vor der Versammlung allgemein geklagt, daß die Lebensmittel im Orte zum Teil teurer seien, als in der Großstadt Berlin. Auch die Differenz in den Wohnungsmieten ist gering im Verhältnis zu Berlin. In der Diskussion waren alle Redner sich darüber einig, daß nur durch Organisation die bestehenden Verhältnisse gebessert werden können. Genosse Schiller als Gemeindegewerkschaftsvertreter wies nach, daß die Gemeindegewerkschaft ein schlechteres Bild haben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindegewerkschaft zu bessern. Das Verhandlungs für solche Dinge sei bei den bürgerlichen Vertretern sehr gering, auch wenn es sich nur um wenige Hundert Mark handle. Kollege Seize erwähnte zum Schluß die Anwesenden nochmals tren und leitete zur Organisation zu halten, auch wenn einzelne Beamte sie davor gratulieren würden sollten. Eine solche Veranstaltung von Seiten eines Beamten ist nun tatsächlich vorzunehmen. Sogleich sorgt die Gemeindeverwaltung dafür, daß dem Herrn klar gemacht wird, daß er die Arbeiter in Ruhe zu lassen hat. Denn diese wollen ja weiter nichts als ihre Lage auf gesetzlichem Wege zu verbessern. Den Kollegen muß dies aber ein Lepton sein, erst recht fest zur Organisation zu halten. Gerade weil sie für die Arbeiter einen großen Fortschritt bedeutet, wird sie von den Beamten bekämpft. Also mutig vorwärts gestrebt.

Titlitz Groß Berlin (Sektion XV). Eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung der städtischen Gärtner und Parkarbeiter fand am 10. März in den Remishallen statt. Erster Sekretär E. Zittmer referierte über die Verhandlungen der Parkdeputation bezüglich der eingereichten Forderungen. Redner wies ganz besonders auf die notwendige Abkürzung der Stunde von 6 7 Uhr abends hin, welche noch nicht erduldet worden ist, trotzdem es seit Jahren gefordert wurde. Die Arbeit wird zudem in dieser 11. Arbeitsstunde zur Unmöglichkeit durch den Postamentverkehr usw. Für etwaige notwendige Eingelassen konnten Nebenstunden bezahlt werden. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Wartsch, Müller, Ramson, Wriut, Nummer und viele andere. Alle waren darin einig, daß die Stadt Berlin längst das einführen könne, was Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg usw. schon besitzen, nämlich den Feierabend um 6 Uhr. Einige Redner traten mit Eifer für unseren Verband ein, legten die Erwünschtheit derselben für die städtischen Gärtner und Parkarbeiter dar und betonten, daß alle bei der Stadt Berlin Beschäftigten nur in unserem Verbande ihre berufliche Vertretung erblicken könnten. Nachstehende Resolution wurde nach einem Schlußwort des Kollegen Zittmer einstimmig angenommen:

Die zahlreich versammelten Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin haben Kenntnis genommen von den Beratungen der städtischen Parkdeputation. Sie begrüßen die von derselben angenommenen Lohnsätze als Gewährung ihrer eingereichten Forderungen.

Sie können sich jedoch keinesfalls mit der Beibehaltung der elften Stunde einverstanden erklären, sondern erachten vielmehr die Abkürzung derselben für unbedingt erforderlich.

Sollte schon die eine Tatsache, daß kaum andere Kategorien städtischer Arbeiter mehr als 10 Stunden ohne Ertragsabgabe zu arbeiten brauchen, Magistrat und Stadtverordnete veranlassen, auch den städtischen Parkarbeitern im Sommer um 6 Uhr Feierabend zu gewähren, so ist diese Maßregel auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen durchaus geboten, da infolge des großen Postamentverkehrs die letzte Arbeitsstunde nur unter erheblich erschwerten Verhältnissen zu Ende geführt werden kann.

Die Versammlung beauftragt das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Magistrat und Stadtverordnetenkollegium zur gefl. Kenntnismahme zu unterbreiten.

Der Vorsitzende, Kollege Wriut, schloß gegen 11 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Tüßfeldorf. Mitgliederversammlung am 4. März. Zunächst gab der Malterer die Abrechnung vom IV. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 129,1 M., die Ausgabe 29,98 M. An den Hauptvorstand wurden 137,1 M. gefandt, blieb ein Massenbeitrag von 35,17 M. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Arbeitersekretär Jünger einen vorzüglich belehrenden Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und ihren Fortschritt. Das Material wurde mit großem Beifall aufgenommen. Unter Punkt 3 gab der Vorsitzende einen Heberblick über die Mißstände im städtischen Fuhrpark. Er rügte auch die künstlich verlängerte Arbeitszeit, kam dann auf Unterdrückung des Koalitionsrechtes, eine Maut, die der Aufseher Pflomer am besten versteht. Die Löhne sind überaus niedrige. Dann kam Medner auf die Einstellung der Arbeiter zu sprechen. Ein solches wußt die Frage auf, warum man nicht solche Arbeiter einstellt, die in Tüßfeldorf arbeitslos sind und Steuern bezahlen. Was dem einen Arbeiter recht sei, müsse dem andern billig sein. Es wurde folgende Resolution angenommen, welche dem Herrn Oberbürgermeister zugelandet werden soll:

„Die heute am 4. März stattfindende Mitgliederversammlung des Gemeindebetriebsarbeiter-Verbandes nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Vorgesetzten am städtischen Fuhrpark. Dieselben haben sich außer Zweifel das Ziel gesetzt, das Koalitionsrecht der ihnen unterstellten Arbeiter illusorisch zu machen. Die Versammlung erwartet von der hochloblichen Stadtverwaltung, daß sie eine Anweisung ergehen läßt, wonach die städtischen Aufsichtsorgane gehalten werden, das Recht der Vereinigung der städtischen Arbeiter und Unterangestellten zu respektieren. Auch erachtet die Versammlung es für angebracht, bei ArbeiterEinstellung in erster Linie die in der Stadt wohnenden arbeitslosen Arbeiter zu berücksichtigen.“

Erfurt. Versammlung am 19. Januar. Evident diese Versammlung mit einer sehr wichtigen Tagesordnung in ausgiebiger Weise bekannt gemacht war, hatten es viele Kollegen vorgezogen, nicht zu erscheinen. Das muß in diesem Jahre anders werden, wenn sich die Äniale fernwehnt tätigen soll. Jeder organisierte Gasarbeiter muß es sich zur Pflicht machen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Vorstand und Mitglieder werden dann erfolgreich nebeneinander die fernere Gattungen betreiben können. Was man an dem schwachen Versammlungsbeifall schuld sein? In es zunächst an dem, daß die Leiter des Organisations, wo es nur geht, einen Stein in den Weg legen. Da ist auf Gasanstalt I ein Anfallstrationsleiter, der in letzter Zeit etwas übermäßig an Körperfülle zugenommen hat. Außerdem dieser Herr den Arbeitern schon manchen Streich gespielt hat, haben sich die Arbeiter nicht einschließen lassen.

Zu der Leiter, ein früherer Zerklöser und Auch-Mollege, in letzter Zeit bei seinen Vorarbeiten in Unnade gefallen ist, sucht er es jetzt auf alle mögliche Art und Weise wieder gut zu machen. So hatte es der schändliche Leiter A. P. auf die Handtücher abgeben, die in der Werkhalle auf den Tischen verstreut lagen und zum Schand der Versammlung aufstiegen. Die Zettel wurden von diesem Herrn nicht an die richtige Adresse geschickt, sondern wanderten samt und sonders in das Meiner der Gasanstalt I.

Die Gasarbeiter dankten nun, daß sie von dem mit Hand zetteln versehenen Beamten in der Versammlung beehrt wurden; das war nicht der Fall. Niem einziger kam, um sich von der Lebensfähigkeit der Äniale persönlich zu überzeugen. Dem Leiter sei aber an dieser Stelle gesagt, daß er lieber mit, in Zukunft die Augen von solchen Sachen zu lassen, von denen er doch nichts vernimmt.

Mollege Marr gab den Jahresbericht. Es wurden 1905 abgehalten 20 Mitgliederversammlungen, 3 außerordentliche und 3 öffentliche Versammlungen. Die Mitgliederzahl (57) ist unverändert geblieben. Die alte Änialleitung wurde wiedergewählt.

Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem Austritt des ehemaligen Verbandverwaltenden Pöcherl und dessen Hebertritt in das gemeinliche (Wirtschaft) Fager. Die Versammlung nahm eine Resolution einstimmig an, die sich inhaltlich mit der Stuttgarter deckt. Es heißt dann weiter: „Die Erfurter Gasarbeiter befinden, daß sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und sich nicht von einem solchen Verbandsfunktionär, der mit seiner bis jetzt verholten Taktik in allen Kreisen der modernen Arbeiterbewegung ansetzt, von diesem Standpunkt abbringen lassen. Auch spricht die Versammlung das Verlangen aus, daß dieser Herr Pöcherl nie wieder in die Reihen unserer Organisation aufgenommen werden kann, geschweige denn einen Posten in derselben bekleidet.“

Auf Beschluß wird diese Resolution in der „Tribüne“ und in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht.

Mit dem Wunsche, daß sich der Verband zum Beste aller Kollegen fernwehnt noch kräftigen möge und mit einem Gedächtnis auf denselben nahm die Versammlung ihr Ende.

Kalle. In der am Sonntagabend, den 21. Februar, stattgefundenen außerordentlichen Versammlung sprach Genosse Ketz über niedrige Löhne und Wohlfahrtsfrage. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende erwiderte am Schlusse der Versammlung die Mitglieder, auch künftig zahlreich zu erscheinen.

Hamburg. Unsere Äniale Hamburg-Altona hat jetzt zum erstenmal einen gedruckten Geschäftsbericht, 120 Seiten umfassend, herausgegeben, der nicht nur allem ausführlich über die Tätigkeit im Jahre 1905 berichtet, sondern abgesehen einen geschichtlichen Heberblick über Entstehung und Entwicklung der Äniale vom Jahre 1900 an bietet. Wir können an dieser Stelle unmöglich einen langen Auszug bieten. Interessant ist es, das Wachstum zu verfolgen: 1900: 196, 1901: 700, 1902: 1105, 1903: 1452, 1904: 2033 und 1905: 2913 Mitglieder. Hier stehen wir vor einem großen Erfolge, der nur durch festestehendes Vertrauen zu unserer guten Sache, durch Geduld und Energie erreicht werden konnte. Gerade in Hamburg war die größte Mühsal und Vorhut am Platze. Dem unruhigen Änialvorstand stand aber auch immer ein großer Stab erfrüger und überzeugter Kollegen zur Seite, die als Zirkuls- und Vorgesitzführer unangeseht im Dienste der Organisation tätig waren.

Im Berichtsjahre 1905 traten bei 1169, ausgeschieden sind 559, demnach Zuwachs 610. Ueber die starke Fluktuation wird gesagt: „Diese Erscheinung ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß im vorläufigen Jahre eine große Anzahl der Mitglieder aus der Staatsstrafenarbeit ausschied. So war z. B. im Frühjahr bei der Strafenreinigung geradezu eine Flucht der Arbeiter aus dem Betriebe zu beobachten. Größtenteils traten dann die Arbeiter in Privatbetriebe ein und gehen über kurz oder lang zu der für die betreffende Branche zutreffenden Organisation über. Wegen dieses Mitgliederverlust läßt sich nichts tun.“ Interessant ist die Aufstellung über die Verteilung der Organisierten auf die einzelnen Berufsgruppen. Ueber 90 Proz. der Beschäftigten gehören dem Verbande an auf der Reibrennungsanstalt, über 70 Proz. auf dem Friedhof, über 60 Proz. von den Steinlegern und Anlagearbeitern, über 50 Proz. von den Hamburger Gasfabrikarbeitern, Wassertankarbeitern (59,66), Straßenreinigern Hamburgs (58,10), Viehhofarbeitern (58,67), Müllarbeitern (56,25), 25 bis 50 Proz. im Möbrelbetrieb, von den Laternenarbeitern (46,38), Steinlegern und Mauerern (40,00), beim Hochbau, Strom- und Hafenbau (41,00), 10 bis 25 Proz. auf der Gasfabrik Altona, bei den Laternenarbeitern, Zielarbeitern, Stadtbauamt Altona, Schlachthof, Kranenbauern und Arzeneimitalern, unter 10 Proz. bei der Altonaer Strafenreinigung (1,17) und am Staatslot (6,10). Von zirka 7000 Hamburger Staatsarbeitern sind 31 Proz., von 400 Altonaern 9,79 Proz. organisiert. Es bleibt also noch viel zu tun übrig an Organisation.

Der Bericht zählt auch manche Ertragsüberschüsse auf und zeigt den großen Nutzen der Organisation.

Wir möchten hier unserem Wunsche Ausdruck geben, daß es auch fernwehnt in Hamburg wie auch in allen anderen Änialen den dazu berufenen Kollegen stets gelingen möge, die rege unverbundene Mitarbeiterarbeit weiter kollegenfreudig zum großen Organisationswerk zu gewinnen und zu erhalten. Das ist eine Maut, die neben gewerkschaftlicher Heberzeugung und Einsicht eine große Rolle im Organisationsleben spielt.

Ludwigshafen a. Rh. Generalversammlung am 5. Februar. Das Hauptthema der Versammlung bildete der Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Das Berichtsjahr war sehr bewegt und man darf sagen, daß es jetzt erst gelungen ist, die Bewegung in Ludwigshafen zu vertiefen, nachdem alle die Organisationsversuche in früheren Jahren scheiterten. Die Betriebsleiter pflegten mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, die Änialleiter, Vertrauensleute und andere Mitglieder des Verbandes zu mahnen und einzuschüchtern. Im neueren Maßregeln zu begegnen, wurde beschloßen, an die Spitze der Äniale Leute zu stellen, die keiner Korruption Gefahr ausgesetzt waren, und so mendenen sich die Kollegen an den Redaktor Direktor von der „Pflanz“, der sich auch zur Hebernahme der Leitung bereit erklärte. Man trat zur Seite der Genosse Kemmele, der, nachdem Genosse Direktor in die Redaktion der „Altenburger Volkszeitung“ eintrat, die Leitung übernahm. Diese Maßnahme erwies sich als sehr zweckmäßig. Die Mitgliederzahl stieg unter Direktor von 27 auf 72 und unter Kemmele auf 137. Im ganzen kommen nur 168 Gemeindegewerkschaftler in Frage, so daß unsere Organisation in Ludwigshafen prozentual an erster Stelle steht. Die beiden Genossen haben sich große Mühe um den Verband gegeben und sei ihnen an dieser Stelle bestens gedankt.

Die höchsten Kollegen standen im Berichtsjahre in einer lebhaften Betätigungsbewegung, außerdem setzte die öffentliche Kritik energisch ein. Zahlreiche Betriebsversammlungen, öffentliche und Mitgliederversammlungen sowie Vorstandssitzungen waren nötig, um alle die schwebenden Fragen und Angelegenheiten zu erledigen. Auch die Geschlossenheit kam auf Familienabenden usw. zu ihrem Rechte, wobei eine Abschiedsfeier beim Abgang des Genossen Direktor zu erwähnen ist. Durch unter Vorzeichen wurde vielen Wünschen abgeholfen und manche Erfolge erzielt. Hierzu trug auch der Mollege Schumann durch sein Eingreifen viel bei. Sehr viele Teilnehmer richteten sich gegen den Herrn Direktor vom Gaswerk, der viel schamlos und dessen Verhalten beim einen erühenen stänktlich herabwürdigend hatte. Die Versammlung beschloß unter anderem, daß Ludwigshafen eine Äniale für sich bilde und nicht mit Mannheim verschmolzen werde.

München. Versammlung der Arbeiter bei den Notstandsarbeiten an der Max am 12. Februar. Versammlungsleiter Kollege Gebard ermahnte die Anwesenden, in ruhiger, sachlicher Weise, ohne jede Belästigung die Notstände vorzutragen, dann konnte auch für Verkäufe gefordert werden. In der Diskussion kamen denn auch eine Reihe von Fragen zur Sprache, von denen hier einige angeführt werden sollen. Unter anderem wurde bitter geklagt über das Verhalten der Polizeipolizei Weiland und Granel; obwohl die Arbeiter so weit von der Stadt entfernt sind, dürfen sie, wie gesagt wurde, erst nach 5 Uhr abends ihr Werkzeug vorbringen, anstatt um 3 Uhr schon fertig zu sein. — Abgesehen von den gemeinsten Zusammenstößen erlaubten sich die Herren, den Arbeitern das Galt und Weinbrot, das Erbsen und zu verkaufen. Bei jeder Gelegenheit wird den Arbeitern der Strohhalm vor die Nase geworfen. Besonders misslich gefallen sich bei diesen Notstandsarbeiten das Einnehmen des Notstands und der Notstandsarbeiten. Wenn etwa 100 Personen plötzlich dabei gehindert kommen, so ist es den Leuten natürlich nicht mehr möglich, sich in der so kurzen Zeit richtig zu reorganisieren. Es wäre notwendig, die Leute mehr abteilungsweise anzuweisen zu lassen und in Anbetracht der großen Entfernung von Stanting und Arbeitsstelle die Zeit, die zum Zurücklegen des Weges notwendig ist, nicht von der Pause abzunehmen. Das Telefon ist 15-20 Minuten von der Baustelle entfernt; passiert ein Unglück, wie schon geschehen, so bleiben die Verletzten oft stundenlang liegen, bis die Sanitätskolonne voranmarschiert ist. Bei einer Arbeiterzahl von über 400 sind ein paar Kullbunden und ein Glaschen Hofmanns Tropfen die ganze Ausrüstung des Verletztens. Die Arbeiter sind rückwärts nicht durch eine Leertasse geschützt, auch nicht ganz versichert, so daß man sich leicht erkälten kann. Auch den baupolizeilichen Vorschriften werde nicht Genüge geleistet; auf schmalen, eiligen Plätzen über einem Privatunternehmer müssen langatmige Kullbunden da sein; fahnen die Arbeiter über Gräben und Gänge, so daß sie dabei leicht ausgleiten und in die Tiefe oder gar ins Wasser stürzen können. Bezirksleiter Sebald war selbst Augenzeuge, wie ein solcher Sturz die Nar herumgeschwommen kam. Auch wäre es angebracht, den Arbeitern die alten Zettel, von denen alljährlich einige Hundert abgeschrieben werden, an die bei den Klagenungen Beschäftigten hinauszugeben, da bei dem rauhen Material insgesamt viel Schadenwert kaputt geht. Die Versammlung bekräftigte auf Verlangen einstimmig die vorgebrachten Notstände und lieferte damit den Beweis, daß Gemeindegewerkschaften eben noch lange keine Mühsalbetriebe sind. Es ist deshalb zu erwarten, daß die vorgesehene Verbände förmlich Remedur schaffen.

München. Mit Bezugnahme auf die Verdrängung der dreißig dankbaren und unorganisierten Arbeiter in Nr. 8 der Gewerkschaft ist uns noch folgende Zuschrift zugegangen: Nach der Versammlung des Personals vom städtischen Schlacht- und Viehhof am 5. Januar glaubten zwei Bedienstete des Schlacht- und Viehhofes, das Hauptziel setzen zu können, um dann bei dieser Gelegenheit wieder einen anständigen Akt von oben zu erleben. Beide machten sich auf die Straße, der eine, Josef Kottler mit Namen, überließ eine Ca. Härnung anzufragen, während ein Herrmann Wanner den mühseligen Teil übernahm, die über den hochgestellten, um sie von der Nützlichkeit und Notwendigkeit einer solchen Unternehmung zu überzeugen.

Wir wollen nicht weiter darauf eingehen, daß diese Erklärung nachträglich noch zugefügt wurde, sondern sich darüber wundern lassen. Bemerkenswert ist aber auch, daß die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofes dieser Erklärung absolut fahrlässig zustimmt hat.

Am 22. Februar 1906 selbst. Zunächst wird berichtet, daß es keine Tage genug gibt.

Wichtig nimmt der Magistrat Veranlassung, diesen Herren die über so viel freie Zeit verfügen, mehr Verdienstmöglichkeit zu verschaffen. Wir jedoch wissen die Sache besser, denn es ist tatsächlich der Fall, trotz Verdrängung, daß die Herren, beispielsweise von der Großschlachtereie, das ganze Jahr keinen Tag haben, an dem sie nicht arbeiten müssen. Daß der Du Jour lebende Arbeiter auf dem Strohhalm ebenfalls ruht, wie zu Hause in seinem Bett, dürfte auch nur bei dem gemalten Kader der Fall sein. Ähnlich müssen wir annehmen, daß das Mühselbetriebe, auf Strohhalm ruht, und da kann auch das abgequält worden sein. Der Mensch ist eben ein Geschöpf der Natur.

Gerade wird die Sache jedoch beim nächsten Tag, der von der Versammlung am 5. Januar wurde, wo immer das große Wort führt. Es ist dies nichts als eine alte Forderung, und ein aufdringliches Wort darauf ist sehr wohl am Platz. Wir meinen aber auch, daß es doch besser ist, sich in einer geschlossenen Versammlung offen und ehrlich auszusprechen, als hinterher über die Verwaltung und alles was drum und dran hängt, zu schimpfen. Eine Anzahl von den Unterzeichnern der Erklärung konnten wir nennen, die jetzt wieder wieder über dies und jenes schimpfen.

Eine wichtige Frage bedeutet auch der Tag, daß eine Eingabe von dieser „Mienen Gruppe“ der Versammlung vom 5. Januar ausgegangen ist.

Die organisierten Arbeiter wissen, was sie wollen, und wenn ein Indifferent der den Schlangen spielt, und persönlich eine Eingabe im Namen sämtlicher Bediensteten schreibt, so hat doch wahrlich die Organisation damit nichts zu tun. Also solche Notstände solle man bleiben lassen. Wenn uns auch die Sache nichts angeht, so sind wir doch der Meinung, daß ein Versuch nie und nimmer so behandelt werden dürfte wie geschehen.

Die Verwaltung des städtischen Schlacht- und Viehhofes kann sich bei den 30 Unterzeichnern bedanken, wenn heute noch einmal auf dieses unliebsame Thema eingegangen werden dürfte; die nächste Versammlung aber wird diese Herren für die Mühsalbetriebe bestrafen, die sie an den Tag legten, in Vorschlag bringen für den Tadel „Pour le merite“.

Worheim. Außerordentliche Versammlung sämtlicher Gemeindegewerkschaften am 21. Februar im Tivoli. Kollege Altvater aus Stuttgart hielt einen einstündigen Vortrag über die Kämpfe und Erfolge der deutschen Gemeindegewerkschaften, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Darauf gab Kollege Gierbach seinen Bericht über die Besprechung beim Herrn Oberbürgermeister betreffend den Vorkauf für sämtliche städtische Arbeiter, sowie über die Verhandlung seitens der Unterbeamten. Er führte unter anderem aus, daß der Herr Oberbürgermeister Dabernicht erklärte, der Vorkauf und die Alters- und Hinterbliebenenversorgung wurde am 1. Oktober 1906 für sämtliche städtische Arbeiter in Kraft treten; ferner soll die Behandlung des Aufsehers auf bei der Katrinabahn seinen Arbeitern gegenüber untersucht werden. Was die Auszahlung des Lohnes am Sonnabend und sonstige Lohnfragen anbelangt, so wolle der Herr Oberbürgermeister die Tage selbst untersuchen. Verschiedene Redner kritisierten dann die Notstände in den verschiedenen Bezirken der „Gründer in Christo“. Im Verdrängenen bedauerte Kollege Gierbach, daß Kollege Wabs aus Berlin auf seiner Tour durch Süddeutschland nicht auch Worheim besucht habe, da er hier doch vorbeigefahren wäre. Kollege Altvater erwähnte sämtliche Anwesenden, trenn zur Ruhe zu halten, um die Ähale auf die frühere Höhe zu bringen, worauf sich 8 Kollegen aufnahmen ließen. Mit einem Hauch auf die Organisation schloß der Vorsitzende Gierbach die gutbesuchte Versammlung.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

August Zimmermann, Magdeburg

† 22. Februar 1906 im Alter von 66 Jahren.

Rudolf Niemeier, Hamburg

† 23. Februar 1906 im Alter von 46 Jahren

Andres Dietlmeyer, München

† 21. Februar 1906 im Alter von 56 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Unseren Verbandskollegen

Karl Vitak

nebt seiner jungen Frau zu ihrer am 1. März statt gefundenen **Hochzeitsfeier** die besten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Brandenburg.

Unseren Kollegen

Prochnow-Lindenhof

zu seiner am 12. März 1906 stattgefundenen **Zilberhochzeit** unsere herzlichste Gratulation.

Berlin XII, Sektion d. Niefelfelbarbeiter.

Nehme die Verteidigung gegen

Herrn Otto Friebe

Rigaerstr. 131, zurück und erlaube ihn als Ehrenmann.

Berlin, den 12. März 1906.

Frau Gwiszel, Sübnerstr. 11.

Religion und Sozialismus. Ein Vortrag von Dr. Anton Farnschel. Bremen. 32 Seiten. Preis 30 Pf.

Unseren Kollegen

Heinrich Schmitt

und seiner Ehefrau Glise zu ihrer am 22. März statt findenden **Zilberhochzeit** ein dreimal domerendes Hoch!

Die Kollegen der Filiale Mainz.

Bezug: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde- und Ortsbeneben tätigen Arbeiter und Unter Angestellten G. F. Mann. Fernschreiber: Die Post- u. Fernschreiber, beide Berlin W. 30, Unterfeldstr. 24. — Druck: Betriebsvereinsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. 65, Köpenicker Str.